

Vorträge der Senatskanzlei

für die Sitzung des Senats am 22. Dezember 2020

Beschlüsse des Senats zu den Beschlüssen der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 15. bis 17. Dezember 2020

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 15. bis 17. Dezember 2020 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 15. Dezember 2020

Nr. 20/157 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Die Zukunft der Bremer Innenstadt: Wohin geht die Reise?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 6. Oktober 2020
(Drucksache [20/324 S](#))
2. Gesetzliche Ermächtigungen für Hunderauslauf in Bremen
einführen – Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die
öffentliche Ordnung
Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2020
(Drucksache [20/327 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/158 S

Fragestunde

1. Bürgerbeteiligung bei der Umsetzung des Projektes „Parken in Quartieren“
Anfrage der Abgeordneten Muhammet Tokmak, Anja Schiemann,
Gönül Bredehorst, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 11.
November 2020

2. Gymnasium Links der Weser: Schleichende Transformation in eine Oberschule?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 11. November 2020
3. Umsetzung eines Zentrums für seelische Gesundheit im Bremer Westen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 11. November 2020
4. „Wildes Plakatieren“ – Was unternimmt der Senat dagegen und wer trägt die Kosten für die Beseitigung?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 11. November 2020
5. Wie wird der Infektionsschutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus in der „Dete“ gewährleistet?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 12. November 2020
6. Informationskampagnen für Jugendliche während der Pandemie?
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. November 2020
7. Wie reibungslos verlief bisher der Wechsel vom Präsenz- in den Distanzunterricht an den Schulen aufgrund von verordneter Quarantäne?
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. November 2020
8. Werden Zuwegungen zu Bremer Bahnhöfen auf ihre Barrierefreiheit überprüft?
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 13. November 2020
9. Schuldner- und Schuldnerinnenberatung in Zeiten der Pandemie
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. November 2020
10. „Bremen – jung und kreativ“ – wie weit ist die ressortübergreifende Koordinierungsrunde?
Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. November 2020
11. Wie können Synergien zwischen Leerstand in der Innenstadt, eingestelltem Clubbetrieb und steigenden Raumbedarfen anderer Kulturbetriebe in der Pandemie genutzt werden?
Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. November 2020

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

12. Wie kann sichergestellt werden, dass auch Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen an den Schulen der Sekundarstufe 1 vollumfänglich am Unterricht teilnehmen können?

Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. November 2020

13. Missachtung von Corona-Auflagen bei Beerdigung in Bremen-Vegesack

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. November 2020

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/159 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. Auf Antrag des Abgeordneten Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:

"Hausbesetzung, Bürgersteigblockade und Dialog mit Anarchistinnen – wie hält es der rot-rot-grüne Senat mit der Rechtsstaatlichkeit?"

und

2. auf Antrag der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE, Mustafa Öztürk, Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Kevin Lenkeit, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD:

"In der Bremer Feuerwehr darf kein Platz sein für Neonazis, Rassismus, Sexismus und Mobbing".

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/160 S

In der Bremer Feuerwehr darf kein Platz sein für Neonazis, Rassismus, Sexismus und Mobbing

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 15. Dezember 2020

(Drucksache [20/373 S](#))

1. Die Stadtbürgerschaft verurteilt den im Raum stehenden abscheulichen Rassismus, Rechtsextremismus, Frauenfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit und das Mobbing auf das Schärfste und ist zutiefst besorgt über die gemeldeten Vorfälle bei der Feuerwehr Bremen.
2. Die Stadtbürgerschaft dankt den betroffenen Kolleginnen/Kollgegen der Feuerwehr Bremen, die diese Vorkommnisse den Behörden gegenüber offengelegt haben, und spricht ihnen ihre höchste Anerkennung aus.
3. Die Stadtbürgerschaft bedauert den Leidensdruck derer, die unter dem Mobbing und der Diskriminierung jahrelang schwere Demütigung ertragen mussten, sehr und spricht ihr tiefes Mitgefühl aus.
4. Die Stadtbürgerschaft betont, dass Rassismus und Diskriminierung in unserer Gesellschaft und erst recht in staatlichen Behörden keinen Platz haben dürfen. Verstöße gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung müssen konsequent geahndet werden. Alle Beschäftigten der Feuerwehr Bremen haben ein Recht darauf, sowohl bei der Ausübung ihrer wichtigen Tätigkeit, als auch im privaten Bereich, vor allen Formen von Rassismus, Hass und Gewalt sowie allen körperlichen oder verbalen Angriffen, sowohl online als auch offline, wirksam geschützt zu werden.
5. Die Stadtbürgerschaft begrüßt die bisher vom Senator für Inneres eingeleiteten Schritte und erwartet vom Senat die lückenlose Aufklärung und Aufarbeitung der Vorwürfe mit dem Ziel, Vorkommnisse dieser Art für die Zukunft mit aller Kraftanstrengung zu unterbinden und zu verhindern. Sie appelliert eindringlich an alle Beschäftigten der Feuerwehr Bremen, sich hieran im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten zu beteiligen.
6. Die Stadtbürgerschaft betont die entscheidende Rolle von Bildung als Schlüsselinstrument für den Abbau von Vorurteilen und Stereotypen durch die Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt. Sie fordert den Senat auf, in der künftigen Ausbildung sowie Fort- und Weiterbildung bei der Feuerwehr Bremen einen Schwerpunkt auf politische Bildung und diskriminierungssensible Verhaltensweisen zu legen.

7. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, Reformbedarfe bei der Feuerwehr im Hinblick auf Meldewege, Beurteilungen und Beförderungen oder Dienstzeiten zu prüfen. Führungskräfte mit Personalverantwortung sollen hinsichtlich ihrer Fürsorgepflicht, Meldepflichten bei Verstößen gegen Verhaltensregeln gegenüber Kolleginnen/Kollegen oder Bürgerinnen/Bürgern, dem Erkennen und Entgegenwirken von Diskriminierung geschult werden.
8. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, eine Stelle für eine Referentin/einen Referenten für Vielfalt und Antidiskriminierung auch für die Feuerwehr Bremen einzuführen, unter anderem um unter Einbeziehung der neuen Feuerwehrführung sowie externen Expertinnen/Experten ein umfassendes Diversity-Konzept für die Feuerwehr Bremen zu entwickeln, das geeignet ist, den Anteil an Frauen, queeren Personen, nicht weißen Personen und Menschen mit Migrationshintergrund in der Belegschaft zu erhöhen und sie wirksam vor Diskriminierung und Mobbing zu schützen.
9. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die innerbetrieblichen Beschwerdestellen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz für den Bereich der Feuerwehr zu stärken und bekannter zu machen. Ebenso ist auf externe Beratungsstellen wie die ab Januar 2021 eröffnete Landesantidiskriminierungsstelle und weitere Beratungsstellen für spezifische Diskriminierungstatbestände aus dem Netzwerk gegen Diskriminierung auf allen Feuerwachen hinzuweisen.
10. Die Stadtbürgerschaft erkennt an, dass die Tätigkeit in Feuerwehr und Rettungsdienst mit außerordentlichen mentalen Belastungen einhergeht. Sie fordert den Senat daher auf, allen Einsatzkräften der Feuerwehr Bremen eine professionelle und kontinuierliche Supervision bereitzustellen und sie damit bei der Verarbeitung von belastenden Einsätzen zu unterstützen.
11. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, zu prüfen, wie durch die Ausgestaltung des Einstellungsverfahrens für Beschäftigte der Feuerwehr auch dafür Sorge getragen werden kann, dass die charakterliche Eignung und das stetige Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung sichergestellt werden.
12. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, dass der oder die unabhängigen Polizeibeauftragten für die Freie Hansestadt Bremen bis auf Weiteres auch die Zuständigkeit für die Feuerwehr Bremen übertragen werden kann. Gleichzeitig soll in Gesprächen mit dem Magistrat Bremerhaven geklärt werden, ob die oder der Beauftragte auch für die Feuerwehr Bremerhaven mit zuständig sein kann.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Inneres zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/161 S

**Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030 (STEP Wohnen) –
Gesamtstädtische Handlungskonzeption**

Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 2020

(Drucksache [20/334 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030 (STEP Wohnen).

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/162 S

**Temporäre Lernangebote für Kinder mit Förderbedarfen an den
Schulen in Bremen zeitnah bedarfsgerecht ausweiten und bis
zum Schuljahr 2023/2024 sicherstellen!**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 10. November 2020

(Drucksache [20/347 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Ausweitung temporärer Lerngruppen wie beispielsweise das „Projekt Übergang“ auf weitere Grund- und Sekundarstufe-1-Schulen in Bremen für Kinder und Jugendliche mit einem Förderbedarf im Bereich sozial-emotionale Entwicklung vorzubereiten und dafür Sorge zu tragen, dass die dafür benötigten zusätzlichen Finanzmittel in den im neuen Jahr beginnenden Haushaltsberatungen verbindlich angemeldet werden. Die Zentren für Unterstützende Pädagogik (ZUP) an den jeweiligen Schulstandorten, die Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ), das Amt für Soziale Dienste und das Landesinstitut für Schule sollen in die Planungen und konkrete Umsetzung eng einbezogen werden. Hierbei ist zu überprüfen, ob für die ReBUZ ebenfalls zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden müssen, um die Beschulung in den Regionen zu begleiten. Die am Förderzentrum an der Fritz-Gansberg-Straße vorhandene Expertise soll von Beginn an eng eingebunden werden und den Prozess fachlich begleiten. Der städtischen Deputation für Kinder und Bildung ist bis März 2021 eine Ausbauplanung der temporären Lerngruppen für den Zeitraum bis 2023/24 vorzulegen und über den aktuellen Stand der Umsetzung halbjährig zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Kinder und Bildung zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/163 S

Dusch- und Tagesaufenthaltsmöglichkeiten für obdachlose Menschen im Pandemie-Winter 2020/2021 sichern!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. November 2020
(Drucksache [20/361 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/164 S

Erstes Ortsgesetz zur Änderung des Aufnahmeortsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 1. Dezember 2020
(Neufassung der Drucksache [20/363 S](#) vom 1. Dezember 2020)
(Drucksache [20/374 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/165 S

Zweites Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Beiträge für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 1. Dezember 2020
(Neufassung der Drucksache [20/364 S](#) vom 1. Dezember 2020)
(Drucksache [20/375 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/166 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 10

vom 11. September 2020

(Drucksache [20/304 S](#))

Die Petitionen S 20/37, S 20/64 und S 20/73 werden ausgesetzt

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der restlichen Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/167 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 13

vom 4. Dezember 2020

(Drucksache [20/365 S](#))

Die Petition S 20/97 wird ausgesetzt.

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der restlichen Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/168 S

Ortsgesetz zur Änderung stadtbremischer Regelungen des Bestattungswesens

Mitteilung des Senats vom 24. November 2020

(Drucksache [20/359 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/169 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. „Sprach- und Integrationsmittler“ und „Sprach- und Kulturlotsen“
in die öffentliche Verwaltung übernehmen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE
LINKE
vom 10. November 2020
(Drucksache [20/349 S](#))
2. Ortsgesetz zur Sicherung der Beiratsarbeit während der
Pandemie
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. November 2020
(Drucksache [20/353 S](#))
3. Gesundheit und Umweltschutz fördern – Einweggrills aus dem
öffentlichen Raum verbannen!
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die
Grünen
vom 9. Dezember 2020
(Drucksache [20/372 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 16. und 17. Dezember 2020

Nr. 20/349

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. „Aktionsplan Alleinerziehende“
Zwischenbericht zur Vorbereitung und zum Umsetzungsstand
des Landesprogramms
Mitteilung des Senats vom 28. Juli 2020
(Drucksache [20/563](#))
2. Sachstandsbericht an die Bürgerschaft zum Thema Assistenz im
Krankenhaus für Menschen mit Behinderung sicherstellen
Mitteilung des Senats vom 18. August 2020
(Drucksache [20/567](#))
3. Realitäten erkennen, Chancen nutzen, Zukunft gestalten –
Medienkompetenz in der frühkindlichen Bildung stärken
Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/592](#))
4. Gesetzliche Ermächtigungen für Hunderauslauf in Bremen
einführen – Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes
über Naturschutz und Landschaftspflege und des
Feldordnungsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2020
(Drucksache [20/654](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/350

**Nutzung und Installierung von Pavillons/fliegenden Bauten im
gastronomischen Bereich auf privatem und öffentlichen Grund
in den Wintermonaten**

Antrag des Abgeordneten Peter Beck
vom 9. September 2020
(Drucksache [20/607](#))

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/351

Bremisches Gesetz zur Stärkung der Beteiligung der Bürgerschaft (Landtag) an Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen nach § 32 Infektionsschutzgesetzes (Bremisches Infektionsschutz-Parlamentsbeteiligungsstärkungsgesetz – BremIfSPBSG)

Antrag der Fraktion der FDP

vom 2. November 2020

(Drucksache [20/681](#))

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/352

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft

vom 14. Dezember 2020

1. Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Bestimmung der zuständigen Behörde für die Durchführung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens und der Anlagenüberwachung für Vorhaben am Betriebsstandort Berne der Firma Lürssen Wertft GmbH & Co. KG, Bremen

Mitteilung des Senats vom 10. November 2020

(Drucksache [20/696](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Gesetz zur Änderung und Aufhebung von Vorschriften betreffend die Hochschule für Öffentliche Verwaltung

Mitteilung des Senats vom 17. November 2020
(Drucksache [20/718](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

3. Verwaltungsabkommen zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 17. November 2020
(Drucksache [20/719](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Erstes Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Vollstreckung von Geldforderungen im Verwaltungswege

Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 2020
(Drucksache [20/658](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

5. Kleine Schritte, große Wirkung: Hinzuverdienstmöglichkeiten von Jugendlichen aus Familien im ALG-II-Bezug verbessern

Antrag der Fraktion der FDP
vom 27. November 2020
(Drucksache [20/724](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Änderung der Geschäftsordnung

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP
vom 2. Dezember 2020
(Drucksache [20/731](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Änderung der Geschäftsordnung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Bestimmung der zuständigen Behörde für die Durchführung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens und der Anlagenüberwachung für Vorhaben am Betriebsstandort Berne der Firma Lürssen Werft GmbH & Co. KG, Bremen

Mitteilung des Senats vom 8. Dezember 2020
(Drucksache [20/744](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/353

Regierungserklärung des Senats zum Thema: „Bekämpfung der Corona Virus SARS-CoV-2-Pandemie“

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/354

Gesetz zur weiteren Erleichterung von Bürgeranträgen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE, der CDU und der FDP

vom 10. November 2020

(Drucksache [20/705](#))

Der Antrag ist durch die Zustimmung zur Drucksache [20/755](#) erledigt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/355

Gesetz zur Änderung des Art. 79 der Bremischen Landesverfassung

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP

vom 17. November 2020

(Drucksache [20/715](#))

Der Antrag ist durch die Zustimmung zur Drucksache [20/755](#) erledigt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/356

Gesetz zur Änderung des Artikel 79 der Bremischen Landesverfassung und Gesetz zur weiteren Erleichterung von Bürgeranträgen

Bericht und Änderungsantrag des 1. nichtständigen Ausschusses vom 14. Dezember 2020
(Drucksache [20/755](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Artikel 1 und 3 in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/357

Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 – (Zensusausführungsgesetz 2021 – ZensAG 2021)

Mitteilung des Senats vom 10. März 2020
(Drucksache [20/316](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 14. Dezember 2020
(Drucksache [20/756](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/358

Menschenrechtswidrige Brechmittelvergabe: Verantwortung übernehmen und einen Ort des Gedenkens und Mahnens schaffen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD vom 30. Juni 2020

(Drucksache [20/521](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) ist bestürzt und beschämt darüber, dass die Androhung oder Durchführung einer unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung wie der zwangsweisen Brechmittelvergabe über zwölf Jahre lang eine seinerzeit übliche Maßnahme der Strafverfolgung in Bremen war und Laye-Alama Condé am 7. Januar 2005 in Folge einer solchen Behandlung zu Tode kam.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt anerkennend die vielfältigen gesellschaftlichen, behördlichen und politischen Initiativen zur öffentlichen Aufarbeitung der Ursachen, Zusammenhänge und Konsequenzen des Geschehens zur Kenntnis.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) ist sich ihrer eigenen Verantwortung bewusst, die unmenschliche und erniedrigende Behandlung jahrelang zugelassen zu haben. Sie bittet alle Betroffenen sowie insbesondere die Hinterbliebenen von Laye-Alama Condé dafür um Verzeihung.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) befürwortet die Initiative, im öffentlichen Raum der Bremer Innenstadt einen dauerhaften Ort zu schaffen zum Gedenken an das Geschehen und zur Mahnung daran, dass niemand in polizeilicher Obhut einer unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung unterzogen werden, nachhaltig zu Schaden oder gar ums Leben kommen darf. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen Vorschlag für einen Standort zu machen und in Abstimmung mit dem zuständigen Stadtteilbeirat, dem Landesbeirat für Kunst im öffentlichen Raum und der Deputation für Kultur zeitnah und gemeinsam mit allen Beteiligten eine würdige Lösung zu finden. Sie bittet den Senat, innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung der Deputation für Kultur zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Kultur zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/359

**Internationalisierung der Universität und der Hochschulen im
Land Bremen**

Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE
LINKE

vom 1. Juli 2020

(Drucksache [20/523](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. September 2020

(Drucksache [20/599](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats
Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/360

**Umsetzungsstand der Istanbul-Konvention in Bremen und
Bremerhaven**

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 29. September 2020

(Drucksache [20/629](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. November 2020

(Drucksache [20/700](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats
Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/361

Istanbul-Konvention: Gewaltschutz für alle Frauen – ohne Vorbehalte

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 30. Oktober 2020

(Drucksache [20/675](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Vorbehalte zu den Absätzen 2 und 3 des Artikels 59 der Istanbul-Konvention aufgehoben werden, ohne dabei hinter den Schutzmechanismen des Aufenthaltsgesetzes zurück zu bleiben;
2. alle zur Verfügung stehenden aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um auch weiterhin Aufenthaltserlaubnisse für von Gewalt betroffenen Frauen im Land Bremen zu erteilen;
3. eine Strategie zu entwickeln, um von Gewalt betroffene Frauen mit ehe- oder beziehungsabhängigen Aufenthaltsstatus im Land Bremen über Beratungs- und Unterstützungsangebote zu informieren sowie diese durch Übersetzerinnen/Übersetzer und mehrsprachige Online-Angebote zugänglich zu machen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/362

Entgeltungleichheit zwischen den Geschlechtern bekämpfen: Senatsstrategie entwickeln, Entgelttransparenz schärfen!

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 11. November 2020

(Drucksache [20/707](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. eine Senatsstrategie Entgeltgleichheit zu entwickeln und ressortübergreifend zu verankern; dabei ist sicherzustellen, dass
 - a) alle relevanten Akteurinnen und Akteure aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft eingebunden werden;
 - b) alle Beschäftigungsfelder im öffentlichen und privaten Sektor und insbesondere auch Betriebe, in denen bisher

ausschließlich oder zu einem großen Anteil Männer beschäftigt sind, erreicht werden;

- c) sämtliche Lebensphasen und Handlungsfelder berücksichtigt werden, um der Entgeltungleichheit strukturell entgegen zu wirken;
2. die Senatsstrategie Entgeltgleichheit, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der vom Senat in Auftrag gegebenen Studie zum Gender Pay Gap an bremischen Hochschulen, binnen eines Jahres der Bremischen Bürgerschaft vorzulegen;
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, das 2017 beschlossene Entgelttransparenzgesetz dahingehend auszuweiten, dass private und öffentliche Unternehmen ab einer Größe von 50 Beschäftigten zur Auskunfts- und Berichtspflicht verpflichtet werden sowie das regelmäßig eine verbindliche betriebliche Prüfung der Entgeltgleichheit durchgeführt wird (Entgeltaudits);
4. sich auf Bundesebene für ein Verbandsklagerecht für Betriebsräte, eine im Betrieb vertretene Gewerkschaft oder einen durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) anerkannten Verband einzusetzen;
5. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Auskunftsanspruch in den Mindestanforderungen des Arbeitgebers nach § 2 des Nachweisgesetzes (NachwG) ergänzt wird. Sowie darauf, dass sich mögliche Verschwiegenheitsklauseln nicht auf Gehaltsauskünfte beziehen;
6. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass betriebliche Prüfverfahren verbindlich werden und eine wirksame und abschreckende Sanktionierung für Unternehmen, die gegen das Entgelttransparenzgesetz verstoßen, eingeführt wird;
7. sich dafür einzusetzen, dass in Absprache mit geeigneten Trägern und Initiativen ein Konzept erstellt wird, das Maßnahmen zur Benachteiligung queerer Menschen im Erwerbsleben wegen ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität aufführt und Handlungsempfehlungen gibt, welche Gegenmaßnahmen entwickelt werden könnten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/363

Flut von Einwegbechern eindämmen – effektive Lösungen für einen nachhaltigen Konsum von Heißgetränken umsetzen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Dezember 2019
(Drucksache [20/211](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/364

Flut von Einwegbechern eindämmen – effektive Lösungen für einen nachhaltigen Konsum von Heißgetränken umsetzen

Bericht der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie
vom 17. Juli 2020
(Drucksache [20/545](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/365

Social Entrepreneurship im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. Juli 2020
(Drucksache [20/532](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 18. August 2020

(Drucksache [20/568](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/366

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 13

vom 4. Dezember 2020
(Drucksache [20/737](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/367

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verbot des Mitführens und der Abgabe von Glasflaschen oder Trinkgläsern in bestimmten Gebieten

Mitteilung des Senats vom 8. Dezember 2020
(Drucksache [20/745](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/368

Fragestunde

1. E-Scooter: Gefahren für Menschen mit Beeinträchtigungen reduzieren!
Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Anja Schiemann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 12. November 2020
 2. Weltraumbahnhof in der Nordsee - wie geht es wann mit dem Jahrhundertprojekt weiter?
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 12. November 2020
 3. Teilnahme von Schulen in Bremen und Bremerhaven am EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch
Anfrage der Abgeordneten Jan Saffe, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. November 2020
 4. Der Finanzmarkt als wichtige Stellschraube für mehr Nachhaltigkeit!
Anfrage der Abgeordneten Jan Saffe, Dorothea Fensak, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. November 2020
 5. Umsetzung der Hospizförderung
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 13. November 2020
 6. Kindgerechte Quarantäne-Richtlinien für Kinder und Jugendliche?
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. November 2020
 7. Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Martin Michalik, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. November 2020
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
8. Strom- und Wassersperren
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und die Fraktion DIE LINKE vom 17. November 2020
 9. Verbot der rechtsradikalen Gruppierung „Graue Wölfe“?
Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 19. November 2020
 10. Verbleib der Schutzmasken für Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 19. November 2020

11. Vermeidung und Ersatz des klimaschädlichen Insektizid-Gases Sulfurylfluorid
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 19. November 2020
12. Umsetzungsstand des Modellprojekts „Qualifizierungsbonus“ im Rahmen des BAP
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Bettina Hornhues, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. November 2020
13. Impfzentren, Impfl Logistik und Versorgung – Wie sind Bremen und Bremerhaven vorbereitet?
Anfrage der Abgeordneten Holger Welt, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 23. November 2020
14. Einbürgerungspraxis der Ausländerbehörde Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Sahhanim-Görgü-Philipp, Mustafa Öztürk, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. November 2020
15. Umgang mit steigenden Arbeitslosenzahlen im Land Bremen und insbesondere in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Henrike Müller, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. November 2020
16. Umsetzung der Corona-Impfstrategie in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Sina Dertwinkel, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. November 2020
17. Wie werden religiöse Feste bei der Corona-Verordnung berücksichtigt?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 27. November 2020
18. Ambulante Pflege beim Einsatz von Corona-Schnelltests unterstützen!
Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 30. November 2020
19. Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Henrike Müller, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Dezember 2020
20. Bundesmittel für Gesamthafenbetriebe – was kommt vor Ort an?

Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Maurice Müller, Dorothea Fensak, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. Dezember 2020

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/369

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP:

„Bremens Weg aus der Pandemie: Wer soll bei Impfstoffmangel und knappen Ressourcen wann und wie geimpft werden?“;

2. auf Antrag der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Miriam Strunge, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE sowie Martin Günthner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD:

„Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Zeiten von Fake News und Verschwörungstheorien stärken, nicht schwächen“.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/370

Gesetz zur Änderung des Artikel 79 der Bremischen Landesverfassung und Gesetz zur weiteren Erleichterung von Bürgeranträgen

Bericht und Änderungsantrag des 1. nichtständigen Ausschusses vom 14. Dezember 2020
(Drucksache [20/755](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Artikel 1 und 3 in dritter Lesung, und zwar mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt Artikel 2 in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des 1. nichtständigen Ausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/371

Bremisches Gesetz zur Stärkung der Beteiligung der Bürgerschaft (Landtag) bei dem Erlass von Verordnungen zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 auf Grundlage von § 32 des Infektionsschutzgesetzes (Coronaverordnung-Beteiligungsgesetz)

Mitteilung des Senats vom 10. November 2020
(Drucksache [20/694](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit den Änderungen aus der Drucksache [20/757](#) in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/372

Stärkung der Beteiligung der Bremischen Bürgerschaft am Erlass von Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie

Bericht und Änderungsantrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 15. Dezember 2020
(Drucksache [20/757](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/373

Bremer Armutsquote auf historischem Höchststand – Armutsbericht endlich vorlegen und Masterplan zur Bekämpfung von Armut im Land Bremen entwickeln

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2020
(Drucksache [20/753](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/374

Den Öffentlichen Gesundheitsdienst nachhaltig stärken

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 3. Dezember 2020
(Drucksache [20/735](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung eine Strategie zur nachhaltigen Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes vorzulegen. Das Strategiekonzept soll insbesondere beinhalten:

- a) eine zeitgemäße und zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere auch im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention sowie unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung, der zunehmenden Diversität der Gesellschaft, der besonderen Bedarfe einzelner Quartiere und der Herausforderungen in Bezug auf die Kontrolle und Eindämmung von zukünftigen Epidemien und die Nachverfolgung von Kontaktpersonen von Infizierten,
 - b) eine Analyse und Darstellung der personellen und strukturellen Bedarfe, die zur bestmöglichen und verstärkt quartiersbezogenen, auch erweiterten quartiersbezogenen, Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes erforderlich sind, sowie eine dementsprechende Verbesserung der Ausstattung der zuständigen Behörden,
 - c) die Gewinnung und Bindung von qualifiziertem Fachpersonal insbesondere durch attraktivere Entlohnung, weitgehenden Verzicht auf die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen und verbesserte Arbeitsbedingungen und Weiterqualifikationsmöglichkeiten für die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter,
 - d) die Verstärkung der mehrsprachigen, kultursensiblen und zielgruppenorientierten Arbeit in den Quartieren, einschließlich einer auf Diversität ausgerichteten Einstellungspraxis,
 - e) die technische Modernisierung und Digitalisierung der Behörden des Öffentlichen Gesundheitsdienstes.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die bereitgestellten Bundesmittel zur Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes zu nutzen, gegebenenfalls die Kofinanzierung sicherzustellen, Standards und Evaluationen einzubeziehen, wie zum Beispiel das Projekt „Mustergesundheitsamt“, und die pandemiebedingte Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes auch im Rahmen des Bremen-Fonds zu berücksichtigen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/375

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gutschein-Lösung – Verbraucher und Verbraucherinnen besser schützen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 9. Dezember 2020
(Neufassung der Drucksache [20/551](#) vom 15. Juli 2020)
(Drucksache [20/751](#))
2. Die Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Bremen
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 20. Juli 2020
(Drucksache [20/555](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 25. August 2020
(Drucksache [20/572](#))
3. Erinnerungskonzept Novemberrevolution 1918/19
Mitteilung des Senats vom 22. Juli 2020
(Drucksache [20/559](#))
4. 100 Jahre Novemberrevolution: Startschuss für Demokratie, Frauenwahlrecht und Mitbestimmung
Bericht und Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. September 2020
(Drucksache [20/589](#))
5. Überprüfung der Mittelvergabe innerhalb der linkspolitischen Bereiche
Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AfD)
vom 1. September 2020
(Drucksache [20/586](#))
6. Ökonomische Bildung darf keine Nebensache sein – Junge Menschen auf ein selbstständiges Leben vorbereiten!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. September 2020
(Drucksache [20/588](#))
7. Dienstfahrräder für den öffentlichen Dienst einführen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/594](#))
8. Konzept zur Förderung der Anschaffung von (Elektro-)Fahrrädern durch Beschäftigte des bremischen öffentlichen Dienstes
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. November 2020
(Drucksache [20/710](#))

9. Wann werden die Zielzahlen der Polizei im Land Bremen erreicht?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. September 2020
(Drucksache [20/577](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 10. November 2020
(Drucksache [20/699](#))
10. Ausbildung auch in der Corona-Krise sichern – Schutzschirm für Ausbildungsplätze aufspannen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. Juli 2020
(Drucksache [20/534](#))
11. Ausbildung auch in der Corona-Krise sichern – Schutzschirm für Ausbildungsplätze aufspannen
Bericht der Deputation für Wirtschaft und Arbeit
vom 7. September 2020
(Drucksache [20/590](#))
12. Erschwerniszulage für Bremer Verfassungsschützer einführen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 2. November 2020
(Neufassung der Drucksache [20/627](#) vom 28. September 2020)
(Drucksache [20/680](#))
13. Attraktivität der JuLeiCa-Angebote in Bremen und Bremerhaven steigern!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 1. Oktober 2020
(Drucksache [20/640](#))
14. Betrieb von Photovoltaik-Anlagen nach Ende der EEG-Förderung
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/596](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 2020
(Drucksache [20/663](#))
15. Digitalisierung und Klima- und Umweltschutz gemeinsam denken
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 15. September 2020
(Drucksache [20/612](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 3. November 2020
(Drucksache [20/686](#))
16. Mehr Einsatz für die Kurzzeitpflege im Land Bremen!
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 15. September 2020
(Drucksache [20/613](#))
D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. November 2020
(Drucksache [20/687](#))

17. Für eine menschenwürdige Altenpflege – Präsenzquote flexibilisieren!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. September 2020
(Drucksache [20/631](#))
18. Music was my first love“ – Musikclubs als Kulturorte anerkennen und fördern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 29. September 2020
(Drucksache [20/636](#))
19. Inklusion im Bremischen Wissenschaftssystem stärken – Barrierefreiheit und Interessenvertretung sicherstellen!
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 30. September 2020
(Drucksache [20/638](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 8. Dezember 2020
(Drucksache [20/747](#))
20. Mit gutem Beispiel vorangehen – Öffentliche Gebäude ökologischer gestalten!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. September 2019
(Drucksache [20/51](#))
21. Mit gutem Beispiel vorangehen – Öffentliche Gebäude ökologischer
Bericht der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie
vom 2. Oktober 2020
(Drucksache [20/641](#))
22. Nachhaltigkeit fördern – Hauskauf im Altbestand attraktiver machen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. August 2019
(Drucksache [20/47](#))
23. Nachhaltigkeit fördern – Hauskauf im Altbestand attraktiver machen!
Bericht der staatlichen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung
vom 2. Oktober 2020
(Drucksache [20/642](#))
24. Freiräume für Jugendvertretungen im Land Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Oktober 2020
(Drucksache [20/648](#))

25. Gender Pay Gap in der Bremer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft verringern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 30. Oktober 2020
(Drucksache [20/673](#))
26. Gemeinsam mit aller Kraft gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen im Land Bremen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. November 2020
(Drucksache [20/684](#))
27. Für Artenvielfalt, Tierschutz und Pandemieprävention: Lebendimporten, Internethandel und Exotenbörsen ein Ende setzen!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 11. November 2020
(Drucksache [20/706](#))
28. Clankriminalität nachhaltig und koordiniert vorbeugen und bekämpfen
Mitteilung des Senats vom 10. November 2020
(Drucksache [20/698](#))
29. Eine Erhöhung des Anspruchs auf Freistellung von der Erwerbsarbeit zur Betreuung eines kranken Kindes ist dringend geboten!
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 3. Dezember 2020
(Drucksache [20/734](#))
30. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 14
vom 4. Dezember 2020
(Drucksache [20/738](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.